

daß die Deutsche Bank sich niemals auf das Anleihegeschäft mit den Chinesen hätte einlassen dürfen. Da die Chinesen sich beharrlich weigern, Altschulden aus den Jahren 1896 bis 1949 zurückzuzahlen, stehen sie für einen Teil des internationalen Bankengewerbes auf der Schwarzen Liste. Die Deutschen, so die Vorbehalte der Anglo-Amerikaner, hätten die Chinesen wieder anleihefähig gemacht.

Zwischen 1896 und 1949 hatten das Kaiserliche China bzw. das Republikanische China zahlreiche Anleihen begeben, die (vor allem seit der Mitte der 1930er Jahre) später nicht mehr bedient wurden. Da war beispielsweise die sogen. Reorganisations-Goldanleihe von 1913 mit einem Nominalwert von 25 Mio. Pfund zu 5%. Der Stand von ca. 1982 war, daß eine Summe von 19.691.880 Pfund offenstand. Da war beispielsweise die Huguang-Eisenbahnanleihe von 1911 sowie andere Anleihen. Die Höhe der insgesamt ausstehenden Anleihen ist nicht genau bekannt; sie dürfte aber mehrere Hundert Mio. DM betragen.

In Großbritannien werden die Interessen der Gläubiger durch den Council of Foreign Bondholders vertreten. Der Direktor dieses Rates, Michael Gough, teilte in einem Leserbrief an die Financial Times am 21. Oktober 1981 mit, daß die Regierung ihrer Majestät (deren Unterstützung für die Ansprüche der Inhaber chinesischer Anleihen sehr geschätzt würde) die chinesische Regierung immer wieder gedrängt habe, in Verhandlungen über die ausstehenden Anleihen einzutreten. Die Chinesen hätten sich jedoch bislang geweigert, die Angelegenheit auch nur zu diskutieren.

Am 1. September 1982 erging in Birmingham, Alabama, ein Urteil gegen die chinesische Regierung, insgesamt 41,3 Mio. US\$ an neun amerikanischen Staatsbürger zu zahlen. Grundlage war die Huguang-Eisenbahnanleihe von 1911, die seit 1930 nicht mehr bedient worden war. Das Außenministerium der USA griff jedoch in den Fall ein und bat das Gericht in Birmingham, das Urteil niederzuschlagen. In einer beidseitigen Erklärung von Außenminister George Shultz hieß es, daß im Interesse der amerikanischen Außenpolitik das Urteil niedergeschlagen werden solle. Shultz betonte in seiner Erklärung, daß der Fall von ganz besonderer Wichtigkeit für die chinesische Regierung sei. Deng Xiaoping habe im Februar 1983 seine ernste Besorgnis über den Urteilsspruch geäußert und seiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß dieses Urteil ein beträchtliches Reizmittel in den bi-

lateralen Beziehungen darstelle.

Am 22. November 1983 erschien in der Volkszeitung ein Artikel, der sich gegen den amerikanischen Gerichtsspruch wandte. Danach seien die Anleihen aufgrund der Privilegien der imperialistischen Mächte, die sie in China in Anspruch genommen hätten, zustande gekommen. Weiter wird das Urteil in dem Artikel als "unvernünftig" und "illegal" bezeichnet.

Ende Oktober 1984 wurde das Urteil von einem Bundesgericht in Birmingham zurückgewiesen. Aus dem Kreis der Zertifikatsinhaber wurde jedoch bekräftigt, daß sie gegen die Entscheidung von Richter U.W. Clemon Berufung einlegen würden. (Financial Times, 21.10.81; IHT, 19.1.83; IHT, 20.8.83; RMRB, 22.11.83; AWSJ, 29.10.84; FAZ, 30.10.84; Financial Times, 23.5.85; FAZ, 23.5.85) -lou-

*(26)

Ausländische Firmen auch im Onshore-Ölbereich tätig

Die nur langsam steigende Erdölproduktion der Volksrepublik und viele Jahre, in denen nicht genug in die Exploration von Erdöl investiert worden war, haben offensichtlich die Chinesen dazu veranlaßt, die Zusammenarbeit mit westlichen Firmen auf dem Onshore-Ölbereich zu suchen.

Mehrere große multinationale Ölgesellschaften, aber auch kleinere Gesellschaften verhandeln seit einigen Monaten mit den Chinesen über Geschäfte im Onshore-Bereich. Zunächst zögerten die Chinesen, über Onshore-Gebiete, außer in sehr entlegenen Gegenden, zu sprechen. Doch dann änderte sich die Haltung der Chinesen; sie zeigten ein ernsthafteres Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Ausländern im gesamten Onshore-Ölbereich. Regierungsbeamte von der Insel Hainan verhandelten beispielsweise mit ausländischen Gesellschaften über die Entwicklung des Qiongbai-Feldes.

Die Japan National Oil Co. soll im Ordos-Becken in der Inneren Mongolei tätig sein. Die Firma Geosource Corp., eine Tochter der Aetna Life & Casualty Co. aus Houston, hat einen Vertrag über die Prospektierung im Qaidam-Becken abgeschlossen, und die Societe Generale de Geophysic aus Frankreich prospektiert im Karamay-Feld. Idemitsu Kosan Co., eine japanische Gesellschaft, teilte mit, daß die Chinesen sie eingeladen hätten, geologische Untersuchungen der Leizhou-Halbinsel im südlichen Teil der Provinz Guangdong durchzuführen. Alle diese Arrangements basieren auf Dienstleistungsver-

trägen ohne Beteiligung an der zu erwartenden Produktion.

In der Provinz Sichuan gibt es große Erdgasfelder, die das Interesse der großen Ölfirmen gefunden haben. Vertreter verschiedener Ölfirmen haben diese Felder besichtigt.

Am 28.5.1985 wurde der erste Vertrag zwischen den Volksrepublik und einer ausländischen Gruppe im Bereich des Onshore-Öls unterzeichnet. Wie Li Xianglu, der stellvertretende Präsident der China National Oil Development Corp., mitteilte, hat das Vertragsgebiet einen Umfang von 2.800 qkm im Norden der Insel Hainan. Der mit einer australischen Gruppe unter Führung der CSR Orient Oil Pty. abgeschlossene Vertrag hat einen Wert von 20 Mio. US\$ und eine Laufzeit von mehr als 3 Jahren. (AWSJ, 2.3. und 30.5.85) -lou-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(27)

Grundzüge des siebten Fünfjahresplanes

Es folgen die Schwerpunkte des siebten Fünfjahresplanes (1986 bis 1990) nach der Darstellung von Gan Ziyu, dem Vizevorsitzenden der Zentralen Planungskommission:

1. Um die Engpässe in den Bereichen Energie, Verkehrswesen und Rohstoffindustrie zu überwinden und die Voraussetzungen für die Entwicklung im folgenden Jahrzehnt zu schaffen, sind entsprechende Schwerpunktprojekte aufgenommen worden. Beim Aufbau der Infrastruktur steht die Stromerzeugung im Mittelpunkt. So sind eine Reihe von Kraftwerken in der Nähe von Zechen, entlang der Eisenbahnstrecken und in der Nähe von Häfen und eine Anzahl von großen und mittelgroßen Wasserkraftwerken am Gelben Fluß, Yangzi und Hongshuihe geplant. Die Plandirektive lautet: Im Planzeitraum eine jährliche Kapazitätssteigerung von 5 bis 6 Mio. kW. Gleichzeitig soll auch der Bau von Atomkraftwerken in Angriff genommen werden. Die Planziffern für den Kohlebergbau geben einen jährlichen Förderungsanstieg von 30 bis 40 Mio. t Kohle an. Die Erkundung und Erschließung der neuen Lagerstätten müssen verstärkt werden, um mehr Ölquellen zu finden und mehr Erdöl und Erdgas zu gewinnen. Großer Wert wird auf den Bau von Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen gelegt,

der Bau von neuen Eisenbahnstrecken wird mit der Entwicklung des Straßen- und Hafenausbau, der Binnenschifffahrt und Zivilluftfahrt gekoppelt. In den Küstenstädten werden örtliche Telefonnetze ausgebaut und die internationalen Nachrichtenverbindungen angemessen erweitert. Auch die Eisen- und Stahl-Industrie, Buntmetall-, Baustoff- und chemische Industrie werden ausgebaut. Der Plan sieht vor, die schwach entwickelte Produktion einiger Rohstoffe und Materialien schwerpunktmäßig zu fördern und ihr Sortiment zu verbreitern und ihre Qualität zu erhöhen.

2. Die Schwerpunkte des Aufbaus werden zukünftig vom Neubau auf die technische Umgestaltung, den Um- und Ausbau vorhandener Betriebe verlagert. Der Investbau muß überall dort vermieden werden, wo die Probleme durch technische Umgestaltung gelöst werden können. Der Neubau muß überall dort vermieden werden, wo die Probleme sich durch Um- oder Ausbau lösen lassen. Die 400.000 Industrie- und Verkehrsbetriebe Chinas haben ein unterschiedliches technisches Niveau. Bei der technischen Umgestaltung benötigen manche Betriebe international fortgeschrittene Technologie, während für andere die Einführung mittlerer Technologien sinnvoll ist. Es ist zu empfehlen, daß Verbreitung der inländischen wissenschaftlich-technischen Ergebnisse mit der Einfuhr von ausländischen fortgeschrittenen Technologien einhergehen. Wir werden nach Möglichkeiten die Mittel für die technische Umgestaltung aufstocken und ausgewählte Betriebe mit günstigen Ausgangsbedingungen in den Bereichen der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens, der Rohstoff-Industrie, des Maschinenbaues, der Elektronik sowie der Leicht- und der Textilindustrie schwerpunktmäßig technisch umgestalten. Die Umgestaltung und der Ausbau werden Schlüsselarbeitsgänge in der Produktion betreffen, damit die Sortimente erweitert, die Qualität der Produkte verbessert und der Energie- und Materialverbrauch gesenkt wird. Einige Schlüsselbetriebe werden umfassend technisch umgestaltet, um den technischen Fortschritt aller Branchen zu fördern. Es ist notwendig, einige neue Industrien zu entwickeln, aber die traditionellen Gewerbe, die nach wie vor großen Spielraum in ihrer Entwicklung haben, werden relativ lange Zeit die Eckpfeiler unserer Volkswirtschaft bleiben.

3. Es ist vorauszusehen, daß der Konsum der Bevölkerung in den kommenden zehn bis 20 Jahren mit der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Einkommenssteigerung der Bevölkerung vielseitiger und auch Waren von mittlerer und hoher Preislage erfassen wird. Während des Planzeitraums werden angemessene Maßnahmen ergriffen, um die Produktion von Meeresfrüchten, die Viehzucht und die Forstwirtschaft zu intensivieren und die Branchen für Lebensmittel, elektrische Haushaltsgeräte, Textilien, Bekleidung, Möbel und die für den Wohnungsbau geeigneten neuen Baustoffe beschleunigt zu entwickeln. Die Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entwicklung des Verkehrswesens in Stadt und Land werden den Bedarf an Autos, Motorrädern und anderen Transportmitteln steigern. Während des Planzeitraums werden der Handel und andere Dienstleistungen, die der Produktion und dem Lebensunterhalt dienen und deren Anteil an der Volkswirtschaft z.Z. noch gering ist, eine größere Entwicklung erfahren.

4. Langfristig gesehen hängen die Fortschritte in Wissenschaft und Technologie letzten Endes von der Verbesserung der Qualifikationen der Menschen und der Entwicklung ihrer Ausbildung ab. Während des Planzeitraums wird die Hochschulbildung beschleunigt verbessert, werden mehr junge Menschen zum Studium zugelassen, die höhere Berufsschulbildung in verschiedenen Formen intensiviert und die Weiterbildung der Berufstätigen ausgebaut. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen und Finanzkreisen öffnen sich breite Perspektiven. Z.Z. ist das Klima für Investitionen in China nicht so ideal, dies kann aber geändert werden. Für Schwerpunkt-Bauprojekte im Bereich der Infrastruktur zeichnen sich Verbesserungen des Investitionsklimas ab. Wir haben bereits mit vielen ausländischen Unternehmen in dieser Hinsicht zusammengearbeitet. (BRU, Nr.21, 28.5.85, S.22 f.) -lou-

*(28)

Preiserhöhung für Nahrungsmittel

Mit Wirkung vom 10. Mai 1985 wurden die Preise für Nahrungsmittel in Beijing erhöht. Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die Preisveränderungen wichtiger Nahrungsmittel. Preiserhöhungen wurden schon vorher in 22 Provinzen, Autonomen Regionen und regierungs-

unmittelbaren Städten vorgenommen. Insgesamt sollen die Preise von 1.800 Gütern im Durchschnitt um mehr als 50% erhöht worden sein.

TABELLE:
Preiserhöhungen für Nahrungsmittel in Beijing (pro kg Yuan)

	alt	neu	Anstieg in %
Schweinefl.	2,48	3,36	36
Rindfleisch	2,00	4,40	120
Hühnerfleisch	2,87	4,00	39
Hammelfleisch	2,00	3,60	80
Eier	2,20	2,60	18

Aus Guangzhou wurden Preiserhöhungen zwischen 20 und 50% gemeldet. In einzelnen Fällen sei es jedoch auch schon zu Preissenkungen gekommen. So habe sich der Preis für 1 kg Frischfisch von 7 Yuan im Jahre 1980 auf jetzt 3 Yuan gesenkt, der Preis für 1 kg Eier sei von 4 Yuan auf 3 Yuan gesunken.

Wie der stellvertretende Bürgermeister von Beijing mitteilte, werden die 5,5 Mio. städtischen Einwohner von Peking monatliche Zuschüsse in Höhe von 7,5 Yuan pro Kopf als Ausgleich für die Preiserhöhungen erhalten. Die 7,5 Yuan betragen ein Zehntel des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, und diese Summe sei auf der Grundlage des Anteils der Ausgaben für Nahrungsmittel festgelegt worden. Die Subventionen werden die Stadt Beijing insgesamt 400 Mio. Yuan pro Jahr kosten, das sei etwa soviel wie die Subventionen, die früher an die Handelsabteilungen in der Stadt gezahlt worden seien.

In Beijing werden etwa 11.000 Inspektoren die Preiserhöhungen kontrollieren. Jeder, der Spekulationsgeschäfte mache oder die Preise unvernünftig erhöhe, müsse mit Strafe rechnen.

Die Preiserhöhungen führten in den Tagen vor dem Inkrafttreten dazu, daß die Vorräte der Einzelhandelsgeschäfte weitgehend leergekauft wurden.

In einem Leitartikel vom 28.5.1985 stellte die Volkszeitung fest, daß das Wertgesetz bei der Reform des Preissystems beachtet werden müsse. Das Gesetz sei auf eine sozialistische Gesellschaft mit einer geplanten Warenwirtschaft anwendbar. Die gewissenhafte Beachtung des Gesetzes werde schnelle wirtschaftliche Expansion zur Folge haben, während seine Verletzung

- bewußt oder nicht bewußt - zu Verlusten führen werde. Preise könnten nicht einzig durch die subjektiven Wünsche der Menschen festgelegt werden, sondern müßten von Zeit zu Zeit nach dem Wertgesetz angepaßt werden. Der Leitartikel betont ferner die Notwendigkeit für den Staat, den Umfang der festgelegten Preise zu verringern, bei gleichzeitiger Ausweitung des Bereiches, in dem zu ausgehandelten Preisen gekauft und verkauft würde.

Im Leitartikel der Volkszeitung wird weiter gefordert, daß die Erfahrung der Orte, die ausgewählt wurden, um mit der Preisreform zu experimentieren, aufmerksam betrachtet werden soll. Der Preisindex sei dort gestiegen, als die staatliche Preiskontrolle zum erstenmal gelockert wurde. Doch habe es nicht lange gedauert, bis die Preise zu fallen begannen und ein ausgewogenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage für viele Güter erzielt wurde. Die Lockerung der Preiskontrollen habe die Produktion von Mangelgütern angekurbelt. (RMRB, 28.5.85; XNA, 9.5.85, zit. nach SWB, 11.5.85; AWSJ, 10.5.85; XNA, 3.4.85, zit. nach SWB, 5.4.85) -lou-

* (29)

Über die Einführung der Landwirtschaftssteuer

Mit Genehmigung des Staatsrates wird die Landwirtschaftssteuer von diesem Jahr an nicht länger hauptsächlich in Getreide gezahlt werden, sondern statt dessen in Geld, und zwar im "umgekehrten Verhältnis von 3:7" in Übereinstimmung mit der Getreideernte. Es folgen Angaben, die ein Verantwortlicher aus dem Amt für landwirtschaftliche Finanzen aus dem Finanzministerium machte:

Auf die Frage warum die Änderung zu den Geldzahlungen erforderlich sei, wurde folgendes geantwortet: diese Veränderung bedeutet eine wichtige Reform im landwirtschaftlichen Besteuerungssystem. Lange Zeit mußte die Landwirtschaftssteuer hauptsächlich in Getreide bezahlt werden. Die Bauern nannten dies "öffentliches Getreide"... Mit der Entwicklung der Warenwirtschaft wurden die Schwächen (der Naturalsteuer) zunehmend klar. Um die Entwicklung einer spezialisierten Warenproduktion in den ländlichen Gebieten zu fördern und die interne Struktur der Landwirtschaft anzupassen, sei der Wandel dringend erforderlich.

Auf die Frage, warum es notwendig sei, die Landwirtschaftssteuer im Verhältnis 3:7 zu zahlen, wurde geantwortet: Der Staat hat das Monopol für den Ankauf von Getreide

aufgegeben. Statt dessen wird Getreide mittels Verträgen aufgekauft. Beim Aufkauf des Getreides ist mit der Methode Schluß gemacht worden, für das Überquotengetreide den Preis zu erhöhen. Es ist mit der Methode begonnen worden, den Preis nach dem "umgekehrten Verhältnis von 3:7" festzusetzen. Das bedeutet, 30% des Getreides wird zu dem Preis aufgekauft, den der Staat früher festgesetzt hatte; 70% des Getreides wird nun zu dem Preis aufgekauft, der früher für die sogen. Überquoten gezahlt wurde. Wenn der Staat nun Getreide aufkauft, das früher von den Bauern als landwirtschaftliche Steuer abgeliefert wurde, so leistet der Staat nun Zahlungen auf der Basis der "umgekehrten Rate von 3:7". Wenn die landwirtschaftlichen Steuern an den Staat bezahlt werden, sollten die Bauern deshalb diese Steuer auch in Geld verwandeln, basierend auf den gleichen Preisen. Dies ist sowohl für den Staat als auch für die Bauern eine vernünftige Lösung und wird die Belastungen der Bauern nicht erhöhen. (Xinhua, 24.5.85, zit. nach SWB, 30.5.85) -lou-

* (30)

Schnelle Entwicklung der freien Märkte

Die freien Märkte waren 1984 in der Volksrepublik mit über 10% am gesamten Einzelhandel des Landes beteiligt. Ihr Umsatz dürfte sich in den nächsten Jahren erheblich steigern. Wie die "China Daily" dazu schreibt, sind die freien Märkte zu einem unersetzlichen Umschlagplatz für Verbrauchsgüter geworden. Ihr Umsatz dürfte 1985 nach offiziellen Schätzungen im Vergleich zum vergangenen Jahr um 20% zunehmen. Gegenwärtig gibt es in China 56.200 freie Märkte. Ihre Anzahl wird bis 1990 vermutlich bis auf 60.000 anziehen, der Umsatz jedoch mit 94 Mrd.Yuan doppelt so hoch liegen wie im vergangenen Jahr.

Die freien Märkte begannen sich bis 1978 gleichzeitig mit den ersten Wirtschaftsreformen zu entwickeln. Sie sind seitdem aus den Dörfern und Städten Chinas nicht mehr wegzudenken. Das staatliche Amt für Handel und Industrie hatte im März 1985 angegeben, daß sich auch die Anzahl der privaten Unternehmen 1984 sehr stark entwickelte. Diese Unternehmen, die 13 Mio. Arbeitskräfte beschäftigten, steigerten ihren Umsatz im Vergleich zu 1983 um 116,4% auf insgesamt 45,7 Mrd.Yuan. Der Einzelhandelsumsatz der Privatunternehmen erreichte mit 28,8 Mrd.Yuan ca.8,6% des Gesamtumsatzes im Einzelhandel.

Die Preise für Getreide, Gemüse

und Speiseöl waren im ersten Quartal 1985 auf den freien Märkten oft niedriger als in den staatlichen Läden. Sie lagen dagegen bei Früchten und Fisch höher. Allgemein wird geschätzt, daß die Preise der freien Märkte in Beijing zwischen 10 und 30% über denen der Staatsläden liegen. (Ostinformationen, 7.6.85) -lou-

* (31)

Shanghai verwendet Bruttoinlandsprodukt

Shanghai wird die erste chinesische Stadt sein, die den Indikator Bruttoinlandsprodukt verwenden wird, um den wirtschaftlichen Erfolg zu messen. Das Bruttoinlandsprodukt der Stadt Shanghai betrug im Jahre 1984 37,8 Mrd.Yuan, 9,8% mehr als Vorjahr, dies teilte der Bürgermeister Wang Daohan mit. Das National-Einkommen habe 33 Mrd. Yuan erreicht, ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 8,8%.

Darüber hinaus teilte der Bürgermeister mit, daß Shanghai sich bemühen werde, die Wirtschaft der städtischen Gebiete mit jenen der umliegenden Kreise zu integrieren, um die Wirtschaft zu restrukturieren und ein rationales Wirtschaftssystem in der Wirtschaftsregion Shanghai zu bilden, die vier Provinzen und die eigentliche Stadt einschließt, insgesamt 517.000 qkm. (XNA, 26.4.85) -lou-

* (32)

Autoverkauf an Private und Erhöhung der Gebühren

In Beijinger Geschäftskreisen wurde berichtet, daß die chinesischen Behörden etwa 7000 Kleinwagen, die in Polen unter Fiat-Lizenz hergestellt worden sind, importiert und an Privatkunden zum angeblich doppelten Preis - umgerechnet 21.000 DM - verkauft haben. Die Fahrzeuge würden z.Z. im Hafen von Tianjin vom Zoll abgefertigt. Polnische Informanten in Beijing teilten mit, daß im vergangenen Jahr insgesamt 14.200 der Kleinwagen an China verkauft worden seien, und zwar zu einem Stückpreis von 3.500 US\$. Im laufenden Jahr, so hieß es weiter, wolle China etwa 25.000 Fahrzeuge aus Polen importieren. Der stellvertretende chinesische Premierminister Li Peng hatte bei einem Besuch in Warschau ein langfristiges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das eine Verdreifachung des bilateralen Handels bereits in diesem Jahr vorsieht.

Die chinesischen Behörden hatten im vergangenen Jahr damit begonnen, importierte Fahrzeuge auch an Privatpersonen zu verkaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren sie für staatliche Betriebe und Verwal-

tungseinheiten reserviert. Als Käufer waren vor allem Bauern aufgetreten, die im Rahmen der wirtschaftlichen Reformpolitik zu Geld gekommen sind.

Wie in Beijing bekanntgegeben wurde, werden vom 1.5.1985 an importierte Fahrzeuge mit einer 15%igen und im Inland hergestellte Wagen mit einer 10%igen Abgabe belegt. Die Verkaufspreise der Motorfahrzeuge bewegen sich zwischen 20.000 und 30.000 Yuan. Die chinesische Führung erhofft sich auf diese Weise in den nächsten fünf Jahren zusätzliche Einnahmen in Höhe von 4 Mrd.Yuan. Diese Mittel sollen vor allen Dingen für den Straßenbau verwendet werden. (FAZ, 29.5.85; XNA, 27.4.85) -lou-

*(33)

Altersversicherung angeboten

Die Beijinger Filiale der Volksversicherungsgesellschaft bietet nun eine Altersversicherung an. Nach den geltenden Regeln würde ein 20jähriger Mann, der monatlich eine Prämie von 10 Yuan einzahlt, im Alter von 55 Jahren eine Pension von 87,1 Yuan und im Alter von 60 Jahren eine Pension von 131,75 Yuan pro Monat erhalten. Diese Versicherungsmöglichkeit steht allen Bürgern über 16 Jahre offen, die geringste Monatsprämie beträgt 5 Yuan.

Wie ein Sprecher der Beijinger Filiale mitteilte, ist der neue Versicherungsdienst besonders beliebt bei Angestellten von kollektiveigenen Unternehmen sowie privaten Geschäftsleuten, die keine Altersversorgung durch den Staat erhalten. Das nationale Pensionsprogramm der Volksrepublik umfaßt nur Arbeiter und Angestellte der staatseigenen Betriebe, von Regierungsabteilungen und einigen kollektiveigenen Einheiten. (XNA, 16.5.1985) -lou-

*(34)

Über Beschäftigungsprobleme

Am 28. April 1985 sprach der stellvertretende Minister für Arbeit und Personalwesen, He Guang, im Beijinger Rundfunk über Beschäftigungsprobleme. Es folgen wichtige Passagen aus seiner Rede:

Von 1979 bis 1984 haben über 45 Mio. Menschen in den Städten und Dörfern Beschäftigung erhalten, das entspricht einem Durchschnitt von mehr als 7 Mio. Menschen pro Jahr...

Die Leistungen bei der Arbeitsbeschaffung in den letzten sechs Jahren waren groß, aber was wird in der Zukunft geschehen? Wir können sagen, daß die Aufgabe groß ist. Die Gründe dafür sind die

folgenden:

1. Während des siebenten Fünfjahresplanes müssen jährlich für ca. 6 Mio. Jugendliche in Städten und Dörfern Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Des weiteren müssen Hunderttausende von Menschen in den Kollektiv- und Privatbetrieben erneut beschäftigt werden.
2. Da die Betriebe im Zuge der Strukturreform belebt werden sollen, müssen über 10 Mio. Arbeiter im ganzen Lande umgesiedelt werden.
3. Wegen der Reformen in der Landwirtschaft und wegen des Anstiegs der landwirtschaftlichen Produktivität müssen ca. 100 Mio. Bauern bis zum Jahre 1990 Arbeit außerhalb der Landwirtschaft finden...

Was muß getan werden, um weiterhin gut in diesem Bereich zu arbeiten? Wir bieten die folgenden vier Vorschläge an und werden sie mit den Hörern zusammen studieren:

1. Es ist nötig, die tertiäre Industrie beträchtlich zu entwickeln. Ein führender Genosse des Staatsrates hat ausgeführt, daß unter den neuen Verhältnissen die Tertiärindustrie entwickelt werden muß. Da als Ergebnis der Reform in den Städten die Effizienz angehoben wird, benötigt das überflüssig gewordene Personal Beschäftigung. Die Reform in den Städten fördert auch den Konsum, was wiederum die Bereitstellung verschiedener Dienstleistungen erfordert. Je weiter die Reform voranschreitet, desto mehr Annehmlichkeiten können wir genießen. Wir entwickeln den tertiären Sektor nicht nur, um die wirtschaftlichen Resultate zu erhöhen, sondern auch, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Es ist eine gute Maßnahme, die zwei Vögel mit einem Stein tötet...
2. Der Staat, die Kollektive und die Individuen müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Ob sich die Wirtschaft gut oder schlecht entwickelt, hängt davon ab, ob viele wichtige politische Entscheidungen korrekt oder inkorrekt sind. Diese politischen Entscheidungen umfassen die Bevölkerung, die Erziehung, die Industriestruktur, die Eigentumsstruktur und andere Probleme. Unter diesen Problemen ist die Eigentumsstruktur ein Problem, das einen bestimmenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungslage ausübt... Gegen Ende des Jahres 1984 erreichte die Zahl der Arbeiter in der Kollektivwirtschaft mehr als 32 Mio. Men-

schen, das war ein Anstieg gegenüber 1978 um 57%. Die Anzahl derjenigen, die in der Individualwirtschaft arbeiten, überschritt 3 Mio., das war ein mehr als 20facher Anstieg gegenüber 1978. Die Zahl der Beschäftigten in den staatseigenen Betrieben sank von 37% im Jahre 1980 auf 33% im Jahre 1984...

3. Es ist nötig, eine Berufs- und technische Ausbildung mit chinesischen Charakteristika durchzuführen. Die Ausbildung kann vor und während der Beschäftigung durchgeführt werden. Wir sprechen hier auch von einer Ausbildung, die vor der Beschäftigung durchgeführt wird. Die Regeln, die der Staat erlassen hat, sehen vor, daß der Staat die nötige Ausbildung bereitstellt...

4. Es ist nötig, die Arbeitsämter besser zu organisieren. In den letzten Jahren haben sich die Gesellschaften, die arbeitsbezogene Dienstleistungen bereitstellen, rapide entwickelt. Diese Gesellschaften haben die Aufgabe, die Arbeitskräfte zu organisieren, auszubilden, zu vermitteln und zu regulieren. Im Jahre 1984 gab es in der Volksrepublik über 27.000 Arbeitsdienstleistungsgesellschaften der unterschiedlichsten Art... Sie betrieben 160.000 Produktions- und Dienstleistungsstationen, hatten ein Gesamteinkommen von mehr als 20 Mrd.Yuan und lieferten Steuern im Gesamtwert von 1,2 Mrd.Yuan an den Staat ab. Mehr als 6,2 Mio. Menschen wurden von ihnen beschäftigt bzw. ausgebildet... (Radio Beijing, 28.4.85, zit. nach SWB, 4.5.85) -lou-

*(35)

Laxe Steuermoral der Betriebe

Nach einem Bericht der Volkszeitung haben ca. 50% der staatseigenen und kollektiven Betriebe und 70-80% der Privatbetriebe Steuern hinterzogen. Dies sei das Ergebnis einer repräsentativen Untersuchung, die von den zuständigen Abteilungen durchgeführt worden sei.

Nach diesen Untersuchungen hätten Betriebe verschiedener Industriebranchen in der Provinz Hebei insgesamt 100 Mio.Yuan im Jahre 1984 hinterzogen. 52% dieser Summe wurde von staatlichen Betrieben hinterzogen. In der Stadt Xian wurden im Jahre 1984 12.000 Betriebe geprüft. Die von diesen Betrieben nicht gezahlten Steuern beliefen sich auf 11,3 Mio.Yuan, das waren 2,7mal soviel wie im Jahre 1982 (RMRB, 13.5.85). -lou-

*(36)

70 Millionen arme Bauernhaushalte
Der Minister für Zivilverwaltung, Cui Naifu, teilte auf einer Nationalen Konferenz in Beijing mit, daß es in der Volksrepublik 14 Mio. arme Bauernhaushalte - oder 70 Mio. arme Menschen - gebe. Das Einkommen dieser Menschen sei niedrig wegen fehlender Arbeit, wegen fehlender Ausrüstungen, wegen Naturkatastrophen oder aufgrund persönlicher Mißgeschicke. Diese Menschen machten 8% der ländlichen Bevölkerung aus. Die Regierung habe die verschiedenen Steuern für diese Haushalte entweder reduziert oder ganz gestrichen. Zusätzlich würden diese Haushalte mit niedrig verzinsbaren Krediten versorgt. Sie hätten auch Vorrang beim Verkauf ihrer landwirtschaftlichen und Nebenerwerbsprodukte sowie bei der Versorgung mit Ausrüstungen. (XNA, 18.5.85, zit. nach SWB, 22.5.85) -lou-

*(37)

Li Peng über die chinesische Nuklear-Politik

In einem Artikel über Chinas Politik zur Entwicklung der Atomkraft äußerte sich Li Peng, der stellvertretende Ministerpräsident, wie folgt:

Der Bau von Atomkraftwerken ist ein wesentlicher Bestandteil der friedlichen Nutzung der Atomenergie und eine wichtige Maßnahme zur Deckung des dringenden Bedarfs an Energiequellen; die Kernkraft ist eine sichere, saubere und fortschrittliche Energiequelle zur Elektrizitätserzeugung. Um den Bedarf an Elektrizität auf der Basis der China zur Verfügung stehenden Ressourcen zu decken, sollten wir in erster Linie auf die Elektrizitätsgewinnung durch Wasserkraft und auf die durch Kohlebrennstoffe erzeugte Thermoelektrizität zurückgreifen, wie auch auf die zweckmäßige Entwicklung der Kernkraft.

In seinem Artikel führte Li Peng drei Gründe an, weshalb China die Kernkraft entwickeln sollte:

1. hat China verhältnismäßig reiche Uranvorkommen aufzuweisen, die materielle Grundlage für eine Entwicklung der Atomkraft;
2. hat China in der Erforschung und Herstellung atomarer Waffen anerkannte Ergebnisse erzielt, ein ziemlich umfassendes System der Atomindustrie aufgebaut und eine kompetente Anzahl technisch versierten Personals als technische Voraussetzung für die Entwicklung von Atomkraft ausgebildet;
3. besteht in China die Notwendigkeit, die Atomkraft zu entwickeln, insbesondere in der wirt-

schaftlich entwickelten Küstenregion, wo Energiequellen stark gefragt sind. China macht den Schritt zur Errichtung von Atomkraftwerken mit einiger Verspätung und versucht, die übrigen Länder so rasch wie möglich in der Entwicklung einzuholen. Aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten in China sollten nicht zu viele Atomkraftwerke auf einmal errichtet werden. Das Programm sieht vor, bis etwa 1990 drei bis vier große und mittelgroße Atomkraftwerke zu bauen und vor Ende dieses Jahrhunderts möglich eine Gesamtkapazität von 10.000 Megawatt zu erreichen.

Weiter heißt es in dem Artikel: Um uns das technologische Know-how für die Richtung und den Betrieb großer Atomkraftwerke anzueignen, planen wir den Kauf einer Gesamtausstattung für nukleare Großanlagen in der Form wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit. China hat eine Politik der Öffnung zur Außenwelt eingeleitet und ist vor kurzem der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) beigetreten. Darüber hinaus hat China Vereinbarungen über die friedliche Nutzung der Atomkraft mit zahlreichen anderen Ländern unterzeichnet. All dies bildet eine günstige Voraussetzung für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomkraft mit anderen Ländern.

Weiter heißt es in dem Artikel: Bei der Entwicklung der Atomkraft kann unser Land auf lange Sicht nicht von der aus dem Ausland eingeführten Technologie abhängig bleiben. Neben dem Import der Ausrüstung aus dem Ausland müssen wir ebenfalls kooperative Produktionsvereinbarungen mit den ausländischen Herstellern treffen und das Know-how für den Bau der Anlagen in unser Land einführen, um damit das Verhältnis der im Inland produzierte Atomkraftanlagen allmählich zu erhöhen. Deshalb sollte ein wichtiges Kriterium bei der Wahl des Lieferanten für den Kauf ausländischer Anlagen sein, ob mit den Anlagen auch das technische Know-how mitgeliefert wird.

Das Daya-Wan-Atomkraftwerk in Guangdong - ein Projekt, das als kooperatives chinesisch-ausländisches Unternehmen betrieben werden soll - wird die erste nukleare Großanlage in unserem Lande sein. Eine gemeinsame Gesellschaft ist errichtet worden, und die Anfangsphase der Bauarbeiten hat bereits begonnen. In Qinshan, Provinz Zhejiang, ist ein 300-Megawatt-Atomkraftwerk-Projekt mittlerer Größe gestartet worden, das sich hauptsächlich auf unsere eigenen Anstrengungen stützt. (Xinhua, 29.4.85, zit. nach SWB, 2.5.85)

-lou-

*(38)

Verjüngung der CAAC-Luftflotte

Die CAAC will noch 1985 für die Summe von rd. 3 Mrd. DM 21 neue Verkehrsflugzeuge kaufen, und zwar neun Boeing 737-200, neun sowjetische TU-154 und drei europäische Airbuse. Die neuen Maschinen sollen an die Stelle von 15 veralteten Verkehrsmaschinen treten, die z.Zt. auf Inlandsflügen eingesetzt sind. Die CAAC war in den letzten Jahren wegen mehrerer Abstürze in Verruf geraten.

Der neue Kauf ist der größte in der Geschichte der CAAC.

Käufe sollen auch weiterhin getätigt werden, obwohl die Volksrepublik im April 1985 mit dem US-Konzern McDonnell-Douglas einen 600 Mio. US\$-Vertrag über den Aufbau einer Flugzeugfabrik in Shanghai unterzeichnet hat und obwohl China auf längere Sicht auch mit der europäischen Airbus-Industrie kooperieren will; voraussichtlich wird die CAAC auch in den nächsten drei Jahren den Ansturm der Fluggäste nicht bewältigen können; angeblich hat sie 1984 über eine Million Passagiere wegen Kapazitätsmangel zurückweisen müssen (China Daily, 20.4.85).

Am 15. Mai hat die CAAC eine direkte Flugverbindung mit Singapur aufgenommen. Damit bestehen inzwischen 24 internationale Verbindungen. -we-

TAIWAN

*
*
* * * * *

*(39)

Pressekontrolle wieder verschärft
In einer schriftlichen Antwort auf die Frage eines Abgeordneten des Gesetzgebungs Yuan hat das Exekutiv Yuan (Kabinet) mitgeteilt, daß im letzten Jahr 31 Zeitungen oder Zeitschriften wegen Verstoßes gegen das Publikationsgesetz für bestimmte Zeit suspendiert worden seien. Dazu habe es 42 Mahnungen und fünf Geldstrafen gegeben. In 18 anderen Fällen seien Verfahren zwecks weiterer Untersuchung an die Justizbehörde weitergeleitet worden. 106 Publikationen seien beschlagnahmt oder verboten worden. Diese Zahlen schließen aber die Maßnahmen des Hauptquartiers der Garnison Taiwan gegen Verletzungen der "Bestimmungen über Publikationskontrolle während der Zeit des Notstands" noch nicht ein, wobei es sich in erster Linie um die Kontrolle politischer Meinungen handelte (DGB, 29.5.85).